

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Nach der Gründung der UWG wurde die Frage gestellt, für welche Politik die UWG Fraktion steht. Ich hoffe Ihnen mit dieser Rede zum Haushalt eine Antwort auf diese Frage geben zu können.

Als wir vor einem Jahr über den Haushalt 2023 geredet haben, wussten wir nicht, was alles in diesem Jahr auf unsere Heimatstadt zukommen würde. Seit über eineinhalb Jahren tobt ein Krieg in der Ukraine.

Rohstoffe, Brennstoffe, Energie und Lebensmittel wurden und werden immer teurer und belasten die Geldbeutel der Werler Bürger. Aber was noch viel schlimmer ist, die Kriege unserer Zeit sorgen dafür, dass tausende von Menschen ihre Heimat aufgeben mussten, um ihre Kinder in Sicherheit zu bringen, damit diese Kinder in Frieden aufwachsen können.

Die Folgen haben auch unser kleines Werl erreicht. In Werl sind zur Zeit 1000 Flüchtlinge aus vielen unterschiedlichen Nationen untergebracht. Durch die Folgen der Kriege und Bürgerkriege sind bis zum heutigen Tage Kosten von mehreren Millionen Euro allein in Werl verursacht worden. Bitte verstehen sie diese Zahlen nicht falsch, ein Menschenleben ist mit Geld nicht zu bezahlen und wir geben dieses Geld gerne. Um den Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben, ein

menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Aber es ist nun einmal Tatsache, dass die Kosten von der Stadt getragen werden müssen und nicht vom Land oder Bund. Daher steht weniger Geld für andere Ausgaben bzw. Projekte zur Verfügung.

Ähnliches gilt für den Ausbau der offenen Ganztagschule (OGS) und Kitaplätze, auch hier verlangt das Land, dass bis 2026, 75% der Grundschulkinder die Möglichkeit haben müssen einen OGS-Platz zu bekommen. Wie und woher das Geld kommen soll wird dabei nicht gesagt. Damit wollen wir gar nicht sagen, dass diese Ausgaben nicht sinnvoll sind. Es erlaubt vielen Familien, dass beide Elternteile arbeiten können, um ihr Einkommen zu vergrößern, sich selber zu verwirklichen, aber auch den Fachkräftemangel zu minimieren. Aber für die Kitas und OGS-Plätze muss Infrastruktur geschaffen werden. Der erste Schritt wurde mit dem Kita-/OGS-Gebäude in Büderich getan. Und auch in der Norbert-Grundschule wird im Rahmen der Sanierung und des Umbaus eine neue OGS gebaut. Aber an anderen Grundschulen müssen die Investitionen erst noch getätigt werden. Und das wird die Stadt nach Zahlen der Verwaltung in den nächsten Jahren ein Gesamtvolumen von 6,4 Millionen Euro kosten. Davon werden allein 3,1 Millionen in diesem Jahr verbaut oder für Planungen eingesetzt, wobei die Kosten für den Kita-Bau in Büderich nicht mit einbezogen wurden. Ausgaben, die sicher jeder hier im Haus gerne in die Zukunft unser Kinder investiert, aber die den städtischen

Haushalt auch weiterhin belasten. Obwohl diese Vorgaben ja vom Land kommen.

Der Kreis Soest hat ebenfalls die Umlagen erhöht, um seinen Haushalt auszugleichen. Die Jugendamtsumlage steigt um 2,3 Millionen Euro und sorgt dafür, dass unser Haushalt um 4,3 Millionen Euro unterfinanziert ist und durch Rücklagen ausgeglichen werden muss.

Rücklagen, die wir nicht hätten, wenn wir nicht den bisherigen Sparkurs eingehalten hätten.

Dann wurde durch die Bundesregierung das Gebäude-Energiegesetz, im Volksmund das Heizungsgesetz genannt, auf den Weg gebracht.

Nach diesem müssen die Bürgerinnen und Bürger ihre Heizungssysteme vermeintlich umweltfreundlich umstellen. Kurz alle Verbrenner-Heizungen, sollen über kurz oder lang auf Wärmepumpensysteme oder ökologische Brennstoffe umgestellt werden.

Diese Umstellung erfordert massive Investitionen ins Strom- und Fernwärmenetz, so sagen auf jeden Fall Experten von unabhängigen Instituten. Investitionen, die für die Stadt Werl erst nach einer intensiven Planung abzusehen sind. Aber sicher ein Grund, Gelder für den Ausbau der Infrastruktur zurückzuhalten, um in die Zukunft von Werl investieren zu können.

Aber gehen wir nochmal zurück zum Thema Strom- bzw. Energiekosten. Auch die gestiegenen Energiepreise machen vor dem

städtischen Haushalt nicht halt, durch die höheren Kosten von Gas, Öl und Strom kommt es zu massiven Mehrkosten in den städtischen Immobilien. So liegen alleine die Mehrkosten für das Heizen und für den Strom bei knapp 1 Million Euro, so die Aussage zu unserer Anfrage aus dem Frühjahr 2023. Diese Kosten konnte im letzten Jahr noch niemand einschätzen.

Dieses macht eine Summe von 5 bis 6 Millionen Euro allein an Mehrkosten aus, das sind rund 7,5 % des Haushalts.

Hinzu kommen noch die Ausgaben, die die Stadt in den vergangenen Jahren durch Corona und den Bürgerkrieg in Syrien hatte.

Gelder, die sicher Gutes bewirkt haben und die auch sicher gut angelegt sind. Aber diese Mittel kamen aus Bankkrediten, die wir auch wieder zurückzahlen müssen. Und die somit mit Zins und Tilgung die Haushalte der nächsten Jahre belasten werden.

Dies macht Verbindlichkeiten von rund 10 Millionen Euro aus, die in Kürze zurückgezahlt werden müssen.

Die eben genannten Ausgaben waren nur ein Teil der zusätzlichen Belastungen, die von den Städten und Kommunen durch äußere Einflüsse bzw. durch Gesetze, die auf Landes- und Bundesebene beschlossen wurden, zu leisten waren, **ohne dass sich die Einnahmen wesentlich erhöht haben**. Dazu kommen noch die Pflichtaufgaben, die von der Stadt zu leisten sind.

- Investition im Bereich Starkregen und Hochwasserschutz,
- Erhaltung des Straßen und Wegenetzes,
- Ausstattung und Unterhaltung der Schulen und Sportstätten,
- Erhalt und Sanierung der Spielplätze,
- Finanzierung des städt. Museums und der städt. Bücherei,
- Unterhaltung der städtischen Gebäude wie unserer Stadthalle,

um nur einige Punkte des Haushaltes ohne Gewichtung aufzuführen.

Und was wir nicht vergessen sollten, wir leben in einer Inflation, die die Kosten nicht nur im Baubereich steigen lässt, die Zinsen werden erhöht und es gibt neue Tarifabschlüsse, nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern auch im Baugewerbe und der Industrie. Diese sorgen dafür, dass Projekte in der Planung und in der Ausführung immer teurer werden.

Das sind eine Menge Fakten, die dafür sorgen, dass mehr Ausgaben oder gar eine Senkung von Hebesätzen zur Zeit nicht möglich sind. Schließlich müssen diese Mehrausgaben auch finanziert werden. Und wir haben die Pflicht, diese Mehrausgaben nicht der nächsten Generation aufzubürden.

Und trotz dieser Mehrausgaben hat die Verwaltung es geschafft, dass in diesem Haushalt etwa 25 % des Etats in Investitionen fließen, (z.B. 2,5 Millionen für das Gerätehaus Mawicke). Damit können wir nicht jede Straße erneuern oder alle Schulen in Werl komplett sanieren oder weitere Schwimmbäder bauen. Und leider reicht dieses Geld

auch nicht, um alle Schlaglöcher in den Straßen zu beseitigen. Aber wir können dafür sorgen, dass längst fällige Ausgaben, die während des Stärkungspakts nicht getätigt werden konnten, ausgeführt werden, ohne dass die Stadt in die Haushaltssicherung kommt. Und darauf können wir stolz sein.

Was nun die Anträge angeht, die in diesem Jahr zum Haushalt gestellt wurden, habe ich zwei herausgegriffen, auf die ich im Folgenden noch etwas genauer eingehen möchte. Aber zuerst möchte ich nur sagen, auch wir möchten in der Stadt einige Verbesserungen durchführen. Wir wollen die Ortsteile unterstützen, ohne die Kernstadt zu vergessen, wir stehen für eine gut ausgestattete und ausgebildete Feuerwehr, sehen aber auch die anderen Hilfsorganisationen wie das DRK, die Malteser, und alle weiteren ehrenamtlichen Helfer. Nur durch ein Zusammenspiel zwischen diesen Organisationen kann der Brandschutz gesichert und können Menschenleben gerettet werden. Auch im Bereich der Schule und der frühkindlichen Erziehung und Förderungen gibt es Bereiche, in die wir gerne investieren möchten. In dem Bereich der Integration von behinderten Bürgerinnen und Bürgern und vor allem der Kinder würden wir gerne aktiv werden. Oder im Bereich unserer Senioren, die Menschen, die durch ihre Arbeit Werl zu dem gemacht haben, was es heute ist. Auch hier würden wir gerne investieren. Und wie schon gesagt, die Verwaltung arbeitet bereits daran, denn 25% des Haushaltes werden investiert. Aber wir müssen das große Ganze sehen und nicht durch viele eigene

Anträge kleine Einzellösungen forcieren, damit man wieder in der Presse steht. Sie fangen doch auch nicht an, das Wohnzimmer in einem Haus zu renovieren, wenn das Dach kaputt ist und das Wasser die Wände runter läuft.

Wir finden es ja auch schade, dass wir einige Projekte nicht umgesetzt bekommen, die wir gerne umgesetzt sehen würden. Aber wenn die Projekte wirklich gut sind, können wir sie auch noch in ein paar Jahren, bzw. stückchenweise, umsetzen, ohne dass der Nutzen verloren geht. Wie zum Beispiel die Umgestaltung und Verbesserung der Schulhöfe. [Sekundarschule und Grundschule Büderich]!

Durch die Grünen wurde der Antrag gestellt, Blühstreifen auf den Wiesen- und Brachflächen der Stadt anzulegen, um damit vielen Insekten ein Nahrungsangebot zu schaffen.

Leider sind in vielen dieser Blumenmischungen Blumensamen enthalten, mit denen die Schmetterlinge und Bienen, die in Deutschland vorkommen, gar nichts anfangen können. Ganz im Gegenteil, die Blumen sind zum Teil invasive Arten, die zu dem führen was wir nicht wollen, nämlich zu einem Artensterben und nicht zu deren Erhalt.

Warum, fragen wir uns, müssen wir solche Sachen durch Anträge regeln und städtische Gelder einsetzen? Jeder Gartenbesitzer hat die Möglichkeit einen Teil seines Garten naturnah zu gestalten. In meinem Garten gibt es eine Ecke, wo Brennesseln, Disteln aber auch viele Wildblumen wachsen. Ja sogar 2 Wildkirschen stehen dort und

werden im Frühjahr von vielen Insekten und im Sommer von vielen Singvögeln als Futterplatz genutzt. Damit gibt es in meinem Garten nicht nur Blühpflanzen, die als Nahrung für die Alttiere dienen, sondern auch Futterpflanzen für die Larven der Schmetterlinge, wie das Tagpfauenauge und den kleinen Fuchs, um nur einige zu nennen. Die hatten sie in ihrem Antrag nämlich nicht genannt. Und wofür brauchen wir Futterpflanzen, wenn die Insekten fehlen, die sie anfliegen, weil sie keinen Ort zur Eiablage haben. [Dieser Antrag wurde übrigens, so oder so ähnlich im Westerwaldkreis und in Bocholt eingebracht, und jetzt hier durch sie, ohne ihren Antrag auf die örtlichen Begebenheiten anzupassen.]

Aber für alle Projekte, die umgesetzt werden sollen, benötigt die Stadt Geld. Auch für das eben genannte Projekt der Grünen Fraktion! Und dieses Geld muss aus sicheren Einnahmequellen stammen, um sie auch durchführen zu können und über einen längeren Zeitraum zu finanzieren. Und dann kommen die Damen und Herren der SPD mit dem Vorschlag, die Grundsteuer zu senken und die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Diesen Weg können wir nicht mitgehen:

1. Die Gewerbesteuern sind keine sicheren Einnahmen, sie unterliegen den Schwankungen des Marktes und stellen somit höchst spekulative Einnahmen dar.

2. Was hindert die hier ansässigen Unternehmen daran abzuwandern, wenn die Gewerbesteuer steigt? Mit den daraus resultierenden Konsequenzen. Arbeitslosigkeit und Abwanderung unserer Kinder, weil sie in Werl und Umgebung keine Arbeit mehr finden.
3. Wird durch die Bundesregierung das Wachstums-Chancen Gesetz auf den Weg gebracht. Dieses sorgt dafür, dass die Einnahmen durch die Gewerbesteuer um 25 % sinken können.

Was wollen sie tun, wenn dieses Gesetz kommt? Dem Bürger sagen, das ist dumm gelaufen, es tut uns leid? Die Senkung der Grundsteuer gibt es jetzt doch nicht. Wie reagiert darauf der Bürger, das würde ich gerne von ihnen wissen. Denn sie wollen ja von uns, dass wir diese Idee mittragen.

Es bleiben uns nur vier Möglichkeiten, weitere Projekte 2024 durchzuführen, die Sie als wichtig empfinden:

Eine massive Streichung von Ausgaben, aber wo sollen wir da ansetzen? Im Straßenbau und dafür sorgen, dass der Unterbau ausgeschwemmt wird und somit noch höhere Kosten auf uns zukommen? Bei den Vereinen, Ehrenamtlern, die in ihrer Freizeit oft genug auch eigenes Geld nutzen, um Jugendarbeit durchzuführen? Das wird es mit uns nicht geben. Also, wo wollen wir sparen?

Wir greifen die Rücklagen an, aber vergessen sie nicht, die Stadt wird in Kürze die Hilfen zurückzahlen müssen, die für die Corona-Pandemie ausgezahlt wurden, ebenso für die Flüchtlingshilfe. Wenn wir die Rücklagen jetzt ausgeben, werden wir die Verbindlichkeiten an die nächste und übernächste Generation weitergeben. Und was ist wenn in diesen Generationen erneut eine Pandemie auftritt oder eine andere Katastrophe, woher sollen unsere Kinder und Enkel das Geld nehmen?

Neuverschuldung, sicher ein Weg, der uns auch nicht sonderlich belastet. Weil wir die Probleme auch hier wieder auf die nächste Generation abwälzen. Und wir treten die Arbeit der letzten Jahre mit Füßen. Durch einen hohen Hebesatz von 800 Punkten haben die Bürger der Stadt Werl es geschafft, die Schulden, die andere Generationen gemacht haben, um 50 Millionen Euro zu senken. Wie sollen wir den Bürgern klar machen, dass sie auf viele Sachen verzichtet haben, nur zu dem Zweck, dass wir jetzt neue Schulden machen und diese dann mit noch höheren Hebesätzen wieder zurückgeführt werden. Das kann nicht das Ziel einer guten Kommunalpolitik sein.

Oder wir heben die Steuern bzw. den Hebesatz noch weiter an. Wie es viele Kommunen zur Zeit machen müssen, weil die Ausgaben explodieren, auch weil dort in den letzten Jahren kein Schuldenabbau betrieben wurde. Die Auswirkungen durch eine Anhebung der

Gewerbesteuer hatte ich eben schon angeführt.

Oder wir gehen an die Grundsteuer B und da sind wir uns sicher alle einig, das sollte der letzte Weg sein!

Und deswegen möchte ich diese Gelegenheit auch nutzen, um mich zu bedanken, bei den anderen Fraktionen, die im Rahmen des Stärkungspakts den Haushalt mitgetragen haben, und auf Projekte verzichtet haben, um den Schuldenabbau zu ermöglichen.

Bei der Verwaltung und ihrem Chef, dem Bürgermeister, ohne sie wären wir heute nicht so weit, wie wir sind.

Aber vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern, die in den letzten Jahren mit ihren Steuern den Schuldenabbau und den Aufbau einer Rücklage ermöglicht haben. Und die auf vieles verzichtet haben, weil die Ausgaben während des Schuldenabbaus nicht möglich waren.

Recht herzlichen Dank!

Und jetzt noch eine kleine Bitte. Tragen sie alle diesen Haushalt mit, zeigen wir allen, die von der Politik enttäuscht sind und deswegen zu den extremen Parteien gehen, dass wir in Zeiten der sprichwörtlichen Not zusammenhalten. Frei nach den Worten am heutigen Bundestag, „dem Deutschen Volke“, für uns bedeuten diese Worte, das Beste für alle Bürgerinnen und Bürger aus Werl zu erreichen. Und das Beste ist sicher nicht, dass die AFD oder dass eine rechtsradikale Partei irgendwann hier im Stadtrat Einzug hält. Dies zu verhindern ist eine

der Hauptaufgaben, die an uns alle gestellt werden. Und dazu gehört es auch, über den eigenen Schatten zu springen und auf das ein oder andere Projekt zu verzichten, was man sicher gerne umgesetzt hätte. So geht es nicht nur ihnen sondern auch uns und allen anderen Parteien hier im Rat. Aber dem Bürger vorzumachen, dass einer anderen politischen Kraft in Zeiten einer Aufgabenflut, die durch die Kommunen umgesetzt werden müssen, es auch noch gelingt, das Straßen- und Wegenetz kurzfristig zu sanieren oder viele Projekte durchzuführen ohne die Grundsteuer zu erhöhen, das führt nur zu dem, was ich eben schon gesagt habe: zu Politikverdrossenheit und zu den steigenden Wahlergebnissen der extremen Parteien. Um dies zu verhindern, müssen wir alle dem Bürger klaren Wein einschenken und ganz klar sagen, wir versuchen mit jedem Euro, die größtmögliche Wertschöpfung für Werl zu generieren, aber leider können wir jeden Euro nur einmal ausgeben. Und am Ende vom Geld sind leider noch viele Projekte nicht durchgeführt worden. Aber das ohne Neuverschuldung und ohne die Gefahr, den Hebesatz ändern zu müssen oder ins Haushalts sicherungskonzept zu geraten, wie es 13% der Kommunen befürchten.

Wir von der UWG sind sehr zufrieden mit dem Haushalt und werden diesen gerne mittragen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit

Für die UWG Fraktion Christoph Prünke